

# Verordnungen der Landesbehörden

für das

**Königreich Galizien und das Großherzogthum Krafau.**

**Jahrgang 1864.**

**II. Stück.**

Ausgegeben und versendet am 20. September 1864.

4.

**Kundmachung der k. k. Statthalterei vom 13. März 1864,**

in Betreff der Landesumlage für eigentliche Landeszwecke und für die Grundentlastung, für die Zeit vom 1. November 1863 bis Ende December 1864

Seine k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliebung vom 17. v. M. die Ausschreibung einer Landesumlage für Galizien im Betrage von 62 $\frac{1}{2}$ % der directen Steuern mit Ausschluß des Kriegszuschlages, für die Zeit vom 1. November 1863 bis Ende December 1864, und zwar von 11 $\frac{5}{10}$ % für eigentliche Landeszwecke und von 51% für die Grundentlastung, vorbehaltlich der feinerzeitigen verfassungsmäßigen Feststellung, allergnädigst zu genehmigen geruht.

Was im Nachhange zur hierortigen Kundmachung vom 3. November v. J. Zahl 54668 zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

**Mensdorff m. p.**

## 5.

**Kundmachung der k. k. Statthaltereii vom 22. April 1864,**

daß das k. k. Landes-Münzprobieramt zu Lemberg die Geschäftsführung als Berghauptmannschafts-Casse eingestellt, und an dessen Stelle das k. k. Steueramt in Lemberg die Verrechnung der berghauptmannschaftlichen Verwaltungs-Einnahmen und Ausgaben vom 1. Februar 1864 übernommen hat.

Das k. k. Landes-Münzprobieramt zu Lemberg hat im Grunde des im Einverständnisse mit dem k. k. Handels-Ministerium und der Obersten Rechnungs-Centralbehörde ergangenen hohen Erlasses des k. k. Finanz-Ministeriums ddo. 7. November v. J. Zahl 28815/1046 (B. B. Nr. 60) die Geschäftsführung als Berghauptmannschafts-Casse eingestellt, und es hat an dessen Stelle das k. k. Steueramt in Lemberg die Verrechnung der berghauptmannschaftlichen Verwaltungs-Einnahmen und Ausgaben am 1. Februar d. J. übernommen, während die Einhebung und Verrechnung der Bergwerks-Abgabe bei den k. k. Steuerämtern, in deren Bezirken die Bergbau-Unternehmungen bestehen, begonnen hat.

Was hiemit zur allgemeinen Kenntniß mit dem Bemerken gebracht wird, daß sowohl currente Bergwerks-Abgaben, als auch alle dießfälligen Rückstände nunmehr an das betreffende k. k. Steueramt zu entrichten sind.

**Mensdorff m. p.**

## 6.

**Kundmachung der k. k. Statthaltereii vom 5. Mai 1864,**

betreffend die Errichtung einer Wegmuntstation in Blonie und Herabsetzung der Wegmunt in Synowudzko wyzne auf der Vereckoer ungarischen Hauptstraße mit 1. Mai 1864.

Zum Behufe der Regelung der Bemantung der sogenannten Vereckoer ungarischen Hauptstraße von Synowudzko wyzne bis Stryj, wird zu Folge Erlasses des hohen k. k. Finanz-Ministeriums vom 13. Februar 1864 Zahl 6722/121,

1. in Blonie eine Muntstation zur Einhebung der Wegmunt für zwei Meilen errichtet, und

2. in Synowudzko wyzne:

a) die Wegmunt anstatt wie bis jetzt für drei, in Zukunft bloß für zwei Meilen, und

b) die Brückenmunt wie bisher nach der III. Tarifsclasse eingehoben werden.

Dies wird zur allgemeinen Kenntniß mit dem Beisage gebracht, daß die Einhebung der Muntgebühren mit dem erwähnten Ausmaße in den genannten Orten vom 1. Mai 1864 beginnen werde.

**Eminger m. p.**

## 7.

**Kundmachung der k. k. Statthalterei vom 16. Juni 1864,  
betreffend die Erzielung eines gleichmäßigen Vorganges bei der Ausstellung der  
Wiehpäffe,**

giltig für sämtliche k. k. Kreisbehörden und Bezirksamter Ofgalizien.

Zur Erzielung eines gleichmäßigen Vorganges bei der Ausstellung der zu Folge hohen k. k. Ministerial-Erlasses vom 11. November 1863 Zahl 19206/1134 eingeführten Wiehpässe, findet die k. k. Statthalterei im Nachhange zu dem Erlasse vom 24. November v. J. Zahl 57470 Nachstehendes zur genauen Darnachachtung vorzuzeichnen:

1. Da das mit dem bezogenen hohen Ministerial-Erlasse hinausgegebene Wiehpas-Formulare vom 1. Jänner l. J. an gleichmäßig für alle k. k. Kronländer vorgeschrieben, und jedes anders verfaßte Viehgesundheits-Certificat als ungiltig erklärt wurde; so ist von den mit hierortiger Verordnung vom 12. August 1862 Zahl 12932 für einzelne Viehstücke und Viehtriebe vorgezeichneten Certificaten ferner kein Gebrauch zu machen. Den Vorständen gutherrlicher Gebiete wird es freigestellt, die Ausstellung von Pässen über den Gesundheitszustand des eigenen oder dorthin gehörigen Viehes von dem Gemeinde-Vorstande oder von dem zuständigen Bezirksamte anzusprechen.

2. Da die Gemeinde-Vorstände hierlandes nicht überall schreibkundig und der deutschen Sprache mächtig sind, so ist zur Vermeidung von Mißbräuchen und Mißverständnissen den nach dem beiliegenden Formulare in deutscher, polnischer und ruthenischer Sprache textirten Wiehpässen jedesmal das Gemeindefiegel beizudrücken.

3. Kommt die Rinderpest oder eine andere ansteckende Hornviehseuche im Kreise, oder in den näheren Gegenden der angrenzenden Kreise vor, so ist im Sinne der Bestimmungen des §. 44 des Seuche-Normativs vom Jahre 1859, das zum Abtriebe in entferntere Gegenden bestimmte Hornvieh unterwegs bei dem nächsten Bezirksamte anzumelden, dort der Sanitätsbeschau zu unterziehen, und das Ergebnis seitens des Bezirksamtes auf dem Wiehpasse ersichtlich zu machen.

4. Hinsichtlich der für die größeren hierländigen Märkte, so wie für die zum Absage außerhalb des Landes bestimmten Hornviehtriebe ist, wenn auch in weiterer Umgegend keine Hornviehseuche herrscht, dieser Umstand seitens des zuständigen Bezirksamtes auf dem ortsämtlichen Wiehpasse zu bestätigen.

Eine Revision des Viehes beim Bezirksamte ist in solchen seuchefreien Zeiten nicht erforderlich.

5. Vor dem Auftriebe auf den Marktplat ist jederzeit das Vieh den bestellten Marktaufwärts-Organen vorzuführen und denselben der Wiehpas vorzuweisen.

6. Zur Vermeidung von Unterschleifen ist jeder ausgestellte Wiehpas gemäß der Textirung des Formulars in einem bezirksämtlich gehefteten und gesiegelten Protokolle vorzumerken.

Die dem Paß-Formulare beige druckte Furte ist gehörig ausgefüllt beim Ortsamte aufzubewahren.

Die k. k. Bezirksämter werden die Drucksorte von der k. k. Statthalterei-Hilfsämter-Direction unmittelbar beziehen und damit die Gemeinde-Vorstände theilen.

Die Kosten der Drucksorte sind nach Verhältniß der Betherlung aus den Gemeinde-Cassen zu ersetzen und an die genannte Direction abzuführen.

Der außeramtliche Verlay dieser Drucksorte ist unter einer Geldstrafe bis 50 fl. verboten.

7. Der Gemeinde-Vorstand ist berechtigt, für jeden ausgestellten Viehpaß zwei Kreuzer österr. Währung von dem Vieheigenthümer abzufordern.

Für die im Punkte 3 dieser Verordnung gedachte Sanitätsbeschau bei den Bezirksämtern ist dem Viehbeschauer zwei Kreuzer für jedes Stück, um überdies zwanzig Kreuzer österr. Währung für den Gang von jeder Partei zu entrichten.

Zu anderen dießfälligen Vergütungen sind die Vieheigenthümer nicht verpflichtet, und sind dieselben seitens der Behörden von jedweder Erpressung zu schützen.

Die vorstehende Verordnung ist entsprechend zu verlautbaren und deren Befolgung genau zu überwachen.

**Vukasovich** m. p.



Wie bei Raß gehört dem Gemeinde-Vorstande 2 Fr. öherr. Mithung. Wie zur Zeit vorkommender Brande bei dem nächsten F. E. Bedienten Rathhause die Wirthon der Sonntagsbrüche ist dem Mithelshauer 2 Fr. für jedes Stück und überdies 20 Fr. öherr. Mithung für den Gang zu entrichten.

Zu raszpout nalezy się wójłowi gminy 2 ceny w. a. Gdy dla panującej zarazy bydła rogatego w drodze rewizyi przy najbliższym c. k. urzędzie powiatowym podgrada, nalezy się rewizorowi bydła za każde sztukę 2 ceny, oraz 20 centów w. a. za droge.

За папиротъ нажить са вѣтрени громады 2 кр. а. в. Если въ часъ папиротъ злоды озаору ходоны полатой въ дорожк при найманшомъ зѣраде покровывать акцизе алде, нажить са ревизорени ходоны отъ каждой штуки 2 кр., а кровк того 20 кр. а. в. за дорожъ.

## 8.

## Kundmachung der k. k. Statthalterei vom 1. Juli 1864,

womit die Bestimmungen über die Einhebung der Grundentlastungs-Gebühren bekannt gegeben werden.

Aus Anlaß der Einführung des Sonnenjahres als Rechnungsjahr im Staats-haushalte, werden in Folge hohen Staats-Ministerial-Erlasses vom 3. Mai l. J. Zahl 8166 nachstehende Aenderungen der mit der hohen Ministerial-Verordnung vom 12. November 1853 (N. G. B. Nr. 238) vorgezeichneten Bestimmungen über die Einhebung der Grundentlastungs-Gebühren zur Richtschnur bekannt gegeben:

Bei Einhebung der Grundentlastungs-Gebühren in der Finanzperiode 1864 ist so wie bei der Einhebung der landesfürstlichen Grundsteuer der Zeitraum vom Monate November 1863 bis Ende October 1864 abge sondert von der zweimonatlichen Zeitperiode (November und December 1864) zu behandeln.

In ersterwähnten 12monatlichen Zeitabschnitte hat die Einhebung der Grundentlastungs-Gebühren in den bisherigen Terminen stattzufinden, dagegen haben für die Zeitperiode der Monate November und December 1864, so wie für die Zeit vom 1. Jänner 1865 an, die für die Einzahlung der landesfürstlichen Grundsteuer festgesetzten, mit dem Erlasse der k. k. Finanz-Landes-Direction vom 26. December 1863 Zahl 39888 (Verordnungsblatt der Landesbehörden J. 1864 Stück Nr. I.) kundgemachten Bestimmungen mit folgenden, durch die Natur der Grundentlastungs-Gebühren gebotenen besonderen Normen Anwendung zu finden.

Hiernach werden:

1. Jene Verpflichteten, welche sich für die Einzahlung ihrer Capitalsschuldigkeit mittelst 20 jährigen gleichen Raten entschieden haben, den sechsten Theil der jährlichen Capitalrate als die für die Monate November und December 1864 entfallende Gebühr an Capital, nebst den auf diese 2 Monate entfallenden Zinsen von der mit Ende October 1864 verbliebenen Capitalsschuldigkeit zu jenen Terminen, zu welchen die landesfürstliche Grund- und beziehungsweise Gebäudesteuer für die fraglichen 2 Monate zu entrichten ist, nemlich bis 15. December 1864 zu berichtigen haben. Vom 1. Jänner 1865 an wird dann wieder die ursprünglich ermittelte Jahresschuldigkeit an Capital und die für jedes Jahr vorschriftsmäßig zu ermittelnde Schuldigkeit an Zinsen an den, in Folge der Einführung des Sonnenjahres als Rechnungsjahr hinausgerückten Steuer-Einzahlungs-Terminen, nemlich spätestens bis 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November zu berichtigen sein, so daß im letzten Einzahlungsjahre der Rest der Capitalsschuldigkeit mit  $\frac{5}{6}$  der ursprünglich ermittelten Jahresgebühr, und zwar in der Art zur Berichtigung zu gelangen hat, daß in den ersten drei Quartalen je  $\frac{1}{4}$ , im letzten Quartale dagegen  $\frac{1}{12}$  (ein Zwölftheil) der ganzen Jahresschuldigkeit abzustatten ist.

Was die Vorauszahlung an 20 jährigen Capitalsraten anbelangt, welche nach §. 10 der oben bezogenen hohen Ministerial-Verordnung vom 12. November 1853 die verhältnißmäßige Abminderung der Zinsen vom nächsten Verwaltungsjahre nur dann zur Folge hat, wenn sie im Laufe der ersten drei Quartale des Verwaltungsjahres geleistet wird, so wird selbstverständlich von den bis Ende Juli 1864 geleisteten Vorauszahlungen die Zinsenherabminderung vom 1. November 1864 an eintreten haben.

Ebenso werden vom Jahre 1864 an, die bis letzter September des vorhergegangenen Jahres geleisteten Anticipationszahlungen die Zinsenherabminderung zur Folge haben.

Dagegen sind im Verwaltungsjahre 1865, in Anbetracht der unmittelbar vorhergehenden zweimonatlichen Steuerperiode, auch die Zinsen von den im Monat October 1864 in voraus eingezahlten Capitalbeträgen nicht mehr einzuheden.

2. Die Einzahlungsart mittelst Annuitäten betreffend, wird analog den für die Einzahlungsart mittelst 20 jähriger Capitalsraten erwähnten Bestimmungen für die Monate November und December 1864 der sechste Theil der Jahresschuldigkeit zu entrichten, und in dem Einzahlungsbüchel der Verpflichteten, so wie im Hauptbuche der Steuerämter diese Abstattung nach jener, für das IV. Quartal der vorausgegangenen 12monatlichen Periode in der Rubrik für das IV. Quartal 1864, unter der Bezeichnung „pro November und December 1864“ einzutragen sein. In der Rubrik für das IV. Quartal des letzten Einzahlungsjahres ist sofort als Gebühr für dieses Quartal der über Abschlag des pro November und December 1864 zu zahlender Betrages von der vierteljährigen Gebühr verbleibende Rest vorzumerken. Uebrigens hat in der Zwischenzeit, vom Jahre 1865 an, die Abstattung der quartalsweisen Gebühr wie gewöhnlich stattzufinden, und es gilt in Bezug auf die Einzahlungstermine das bei der Einzahlungsart mittelst 20 jähriger Capitalsraten Gesagte.

Mosch m. p.

## 9.

### Kundmachung der k. k. östgalizischen Finanz-Landes-Direction vom 25. Juli 1864,

betreffend die Regulirung der Bemantung der Karpathen-Hauptstraße im Kolomeaer Kreise mit 1. Jänner 1865.

Zu Folge Erlasses des hohen k. k. Finanz-Ministeriums vom 8. Juli 1864 Zahl 32090/602, werden an der Karpathen-Hauptstraße im Kolomeaer Kreise, behufs einer geregelten Bemantung, vom 1. Jänner 1865 angefangen, folgende Merarial-Mautstationen bestehen, und zwar:

I. In Kulaczyn zur Einhebung der Wegmaut für zwei Meilen mit Auflassung des bisher in Sniatyn für die Wegmaut und in Uscie für die Brückenmaut bestehenden Mautschranken.

II. In Orelec zur Einhebung

- a) der Wegmaut für zwei Meilen, und  
b) der Brückenmaut nach der II. Tarifsklasse:

1. für die Brücke Nr. 46 in Lubkowce über den Czerniawa Bach . . . . .	20 $\frac{1}{2}$ Klafter lang, und
2. für die Brücke Nr. 41 in Zablotow über den Turka Bach . . . . .	12 " "
<hr/>	
Zusammen . . . . .	
32 $\frac{1}{2}$ Klafter lang,	
mit Auflassung des bisher in Dymyze bestehenden Weg- und Brückenmaut = Schranken.	

III. Im Dorfe Borszczow zur Einhebung

- a) der Wegmaut für zwei Meilen, und  
b) der Brückenmaut nach der I. Tarifsklasse für die 12 $\frac{2}{3}$  Klafter lange, in Korolówka über den Bach Kozaczow oder Kolomyjka führende Brücke Nr. 26, und

IV. in Kolomea an der Seite gegen Lanczyn wie bisher zur Einhebung der Wegmaut für zwei Meilen.

Dies wird zur allgemeinen Kenntniß mit dem Beisatze gebracht, daß die Einhebung der Mautgebühren bei den angeführten neu errichteten Aerial-Mautstationen vom 1. Jänner 1865 beginnen werde.

**Eminger** m. p.

I. Zu Artikel 1 der Verordnung über die Einhebung der Steuern auf die Erträge der Gewerbebetriebe. Die Regierung hat die Vorarbeiten für die Einhebung der Steuern auf die Erträge der Gewerbebetriebe in der Weise für die Reichsregierung beschließen lassen.

II. Zu Artikel 2 der Verordnung

- a) der Verordnung für zwei Klassen, und
- b) der Verordnung nach der H. Reichsliste:

- 1. für die Städte Nr. 10 in Lubkow über den Kreis Lubkow
- 2. für die Städte Nr. 41 in Napolow über den Kreis Lubkow

III. Zu Artikel 3 der Verordnung über die Einhebung der Steuern auf die Erträge der Gewerbebetriebe. Die Regierung hat die Vorarbeiten für die Einhebung der Steuern auf die Erträge der Gewerbebetriebe in der Weise für die Reichsregierung beschließen lassen.

IV. Zu Artikel 4 der Verordnung

- a) der Verordnung für zwei Klassen, und
- b) der Verordnung nach der H. Reichsliste für die Städte Nr. 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Dies wird zur allgemeinen Kenntnis mit dem Bilde beigefügt, daß die Einhebung der Steuern auf die Erträge der Gewerbebetriebe in der Weise für die Reichsregierung beschließen lassen.

Reichstag